Ä15 zu L1: Unser Krisenmodus: SOLIDARITÄT

Antragsteller*innen Martin Wenzel (KV Cottbus)

Antragstext

Nach Zeile 28 einfügen:

Einwanderung statt Abschreckung
Brandenburg als Einwanderungsland ist weltoffen und solidarisch. Als schrumpfende Gesellschaft und insbesondere im Strukturwandel sind wir auf Zuwanderung von Fachkräften und jungen Menschen angewiesen. Sie sollen gern nach Brandenburg kommen. Für das Land ergibt sich daraus die Notwendigkeit, Menschen hierher einzuladen und hier zu halten.
Diesen Grundgedanken widerspricht ein Bau des bundesweiten Abschiebe-Drehkreuzes am Flughafen BER, Werktitel „Behördenzentrum“. Es kostet das Land hunderte Millionen Euro in den kommenden Jahrzehnten allein für die Miete. Die Vergabe der Errichtung und Anmietung von einem vorbestraften Investor ist zudem äußerst fragwürdig. Für das Land entsteht ein hohes und undurchsichtiges finanzielles Risiko. Während kommunale Ausgaben massiv gekürzt werden, möchte das Land hunderte Millionen Euro für das Abschiebe-Drehkreuz unproduktiv binden.
Bündnisgrüne Politik steht für Einwanderung und Integration von Menschen. Brandenburg hat mit geflüchteten Menschen aus der Ukraine große Solidarität gezeigt. Diese steht auch Menschen anderer Nationalitäten zu. Es gibt keine Zwei-Klassen-Solidarität mitGeflüchteten.

Begründung
Mit dem Projekt „Behördenzentrum“ wird dem Anspruch auf Weltoffenheit und Solidarität widersprochen. Zudem steht es bündnisgrünen Grundsätzen entgegen.
Die Schaffung eines Abschiebe-Drehkreuzes mit hoher Kapazität wird einerseits nicht gebraucht in Brandenburg und kostet andererseits hunderte Millionen Euro, die dringend in anderen Bereichen benötigt werden. Humanitäre Anforderungen und der Bedarf an Zuzug von Fachkräften werden mit dem Vorhaben ignoriert und ad absurdum geführt.
Verfasst mit Unterstützung von Doris Tuchan, Stefan Binder, Nabil Abo Nasser, Daniel Scholz aus dem KV Cottbus.